

Rheinland-Pfalz setzt UN-Behindertenrechtskonvention um

Aktionsplan der Landesregierung

Am Tag, bevor sich das Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum ersten Mal jährte, stellte Rheinland-Pfalz am 25. März als erstes Bundesland einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der Konvention vor. In dem Plan werden Ziele und Maßnahmen der einzelnen Ministerien der Landesregierung dargestellt, um Menschen mit Behinderungen von Anfang an in die Gesellschaft einzubeziehen.

In Rheinland-Pfalz leben etwa 410 000 Menschen mit Behinderungen; das sind 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. 46 Prozent der behinderten Menschen sind Frauen.

Im Bereich der Erziehung und Bildung sei das zentrale Ziel die inklusive Schule, also behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam zu erziehen und zu unterrichten, bekräftigte Sozialministerin Malu Dreyer und der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Ottmar Miles-Paul, bei einem Festakt in der Mainzer Staatskanzlei. Dabei stimmte die integrative Band „Carpe

Diem – unerhört“ aus Landstuhl mit Liedern wie „Steck den Kopf nicht in den Sand“ oder „Fühlen wir uns zu Hause“ auf die Thematik ein.

Der Aktionsplan orientiert sich nicht nur an einer inklusiven Schule, sondern an allen zentralen Lebensbereichen wie Kultur, Kommunikation, Wohnen, Natur, Gesundheit und Pflege, politische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben etc.

Sozial- und Bildungsministerium wollen bei der Umsetzung der inklusiven Bildungsarbeit, die schon im Kindergarten beginnen soll, eng zusammenarbeiten. Dreyer sagte: „Nicht mehr die Beeinträchtigung

steht im Vordergrund, sondern die Wechselwirkung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten. Behindert wird man durch Barrieren.“ Deshalb sei Barrierefreiheit in den Köpfen und in allen Lebensbereichen das wichtigste Ziel.

In einer Gesprächsrunde verwies Staatssekretärin Vera Reiß aus dem Bildungsministerium auf bereits bestehende 172 Schwerpunktschulen im Land. Diese Zahl solle weiter erhöht werden, „denn Bildung entscheidet über Lebenschancen aller Kinder – ob behindert oder nicht, alle müssen die gleichen Chancen bekommen“, so Reiß.

Konzept der inklusiven Schule vorgestellt

„Soziale Auslese abschaffen!“

Die rheinland-pfälzische Initiative „Eine Schule für Alle – länger gemeinsam lernen“ bewertet die Strukturform als nicht ausreichend. Sie fordert die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, auch der Förderschulen. Eingeführt werden solle flächendeckend eine Schule bis zur 10. Klasse für alle, mit und ohne Behinderung. Die Initiative erläuterte das Konzept in den Räumen der integrierten Gesamtschule Ludwigshafen-Gartenstadt.

Dr. Winfried Eschmann, Mathematikprofessor und Ministerialrat a. D., kritisierte: „Viel zu früh, im Alter von zehn Jahren, werden die Kinder selektiert und auf nicht gleichwertige Schularten verteilt, die lebensentscheidend sind. Dabei werden Kinder der obersten Sozialschicht öfter ans Gymnasium empfohlen als aus untersten Sozialschichten.“ Er forderte eine Reform, Chancengleichheit und die Abschaffung der sozialen Auslese. Deutschland sei mit der frühen Selektion weltweit

allein. Auch die PISA-Studie zeige, dass späte Selektion und individuelle Förderung Chancengleichheit und Leistungsniveau erhöhten. Grundschulen etwa förderten eine heterogene Schülerschaft und brächten gute Leistungen.

Von guten Erfahrungen an der integrierten Gesamtschule Gartenstadt berichtete die Lehrerin Barbara Edel: „Die soziale Kompetenz der Schüler und Lehrer wird gestärkt. Sie lernen den selbstverständlichen Umgang mit dem Anderssein.“

Regierungsschuldirektor Hans-Jürgen Liebert forderte mehr Geld für Bildung und betonte: Laut UN-Konvention haben behinderte Kinder ein Recht auf inklusive Bildung und Besuch einer Regelschule. Vor diesem Hintergrund bezeichnete Wolfgang Spähn von der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen den Neubau einer Förderschule in Ludwigshafen für acht Millionen Euro als „politischen Skandal“. Andere wünschten sich besser ausgebildete Lehrer.

Ortsverband Spiesen

Neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Generalversammlung freute sich der Ortsverband Spiesen unter anderem über seinen deutlichen Mitgliederzuwachs. Es standen aber auch Neuwahlen zum Vorstand an. Gabriele Scheppelmann ist die neue 1. Ortsverbandsvorsitzende in Spiesen.

Der bisherige 1. Vorsitzende, Waldemar Sick, begrüßte die vielen Anwesenden und berichtete über die

Aktivitäten des Ortsverbandes in den letzten zwei Jahren. Besonders betonte er die gute Mitgliederent-

wicklung. Er bedauerte, dass er aus gesundheitlichen Gründen für das Amt des 1. Vorsitzenden nicht mehr zur Verfügung stehe. Als älteste Aktive würdigte Marianne Pohl Waldemar Sicks langjährige Arbeit und dankte ihm mit einem Präsent.

Nach Entlastung von Schatzmeister und Vorstand leitete der Versammlungsleiter die Wahl ein. Gewählt wurden: Gabriele Scheppelmann (1. Vorsitzende), Albert Wittling (2. Vorsitzender), Gerhard Herges (Schatzmeister), Renate Sonja Wittling (Schriftführerin), Edeltrud Schorr, Bernd Recktenwald, Lydia Hermes, Peter Trautmann, Marianne Pohl, Günther Schneider und Manfred Harz (Beisitzer/innen) sowie Günther Schorr, Alfons Scheer und Ursel Linnebacher (Revisoren/-in).

Gabriele Scheppelmann bedankte sich für die Wahl und hoffte auf gute Zusammenarbeit mit alten wie neuen Vorstandsmitgliedern.



Vorstandsmitglieder, v. li.: Albert Wittling, Gabriele Scheppelmann, Gerhard Herges, Edeltrud Schorr, Renate Sonja Wittling, Peter Trautmann.



Kolumne

Grenzenloser Profit-Egoismus hat unser Land fast ruiniert

Liebe Freundinnen und Freunde,

die perversen Exzesse an den internationalen Finanzmärkten haben mehr als deutlich gezeigt: Rücksichtsloser Individualismus, kurzfristiges Renditestreben und maßlose Bonusmentalität haben die Manageretagen vieler Banken und Großkonzerne regiert und unser Land in eine tiefe Krise gestürzt.

Ausgerechnet diejenigen, die stets nach mehr „Eigenverantwortung“ geschrien haben, erhalten nun Hilfen der Solidargemeinschaft in Form von Steuergeldern in Milliardenhöhe. Damit müsste jetzt jedem klar sein: Nicht unsere solidarischen Sicherungssysteme haben unser Land fast ruiniert, sondern der grenzenlose Profit-Egoismus hat dies getan.

Solidarität ist mehr als Eigenverantwortung. Solidarität ist Verantwortung für sich und andere. Und wenn wir den Karren mit unseren Steuergeldern schon aus dem Dreck ziehen müssen, dann können wir von der Bundesregierung auch erwarten, dass dem Prinzip der Verteilungs- und Belastungsgerechtigkeit entsprochen wird. Es darf nicht sein, dass wieder nur die kleinen Leute für das Finanzmonopoly und Miss-

management bezahlen müssen. Wer mehr hat, muss auch mehr zur Bewältigung der Krise aufbringen. Und wer Schuld an der Krise hat, muss auch in erster Linie dafür geradestehen.

Deshalb fordert unser Verband die Einführung einer Börsenumsatzsteuer und einer Vermögenssteuer sowie eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen bei gleichzeitiger Entlastung von Geringverdienenden. Wir werden auch dafür eintreten, dass alle künftigen politischen Entscheidungen von dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität geprägt sind.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Dörzapf
1. Landesvorsitzender



Wiederberufung als ehrenamtlicher Richter

Herbert Röder, 1. Vorsitzender des SoVD-Ortsverbandes Volxheim, bleibt ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht in Mainz. Der Vizepräsident des Landessozialgerichtes, Dr. Werner Follmann, berief ihn für weitere fünf Jahre an das Gericht. Der Landesverband gratuliert Herbert Röder herzlich zu dieser ehrenvollen Wiederberufung.

Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

Diskussion zur Rente mit 67

Unter dem Motto „Flexibel in die Rente: Neue Wege?“ fand im April die 7. Sozialrechtstagung statt. Veranstaltungsort war die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (Rhein).

Bei der Beschäftigung älterer Menschen hat Deutschland im internationalen Vergleich aufgeholt, muss aber noch mehr tun. Das wurde auf der Speyerer Sozialrechtstagung deutlich, die im Zeichen der Rente mit 67 stand. Denn im Herbst will die Bundesregierung entscheiden, ob der Einstieg in höhere Altersgrenzen wie geplant ab 2012 kommen soll.

Experten waren sich auf der Tagung darüber einig, dass an einer längeren Lebensarbeitszeit auf Dauer kein Weg vorbei führe. Frühzeitig müssten dafür Grundlagen gelegt werden: Qualifikation, Weiterbildung und gesundheitliche Prävention seien die Schlüsselfaktoren – das sagten sowohl Befürworter als auch Kritiker der Rente mit 67. Nicht aus dem Blick geraten dürften aber Menschen, die in besonders belastenden Berufen arbeiten. Flexible Ausstiegsregelungen, in die auch die Tarifpartner einzubinden seien, blieben daher notwendig – so die Expertenmeinung.